

DIETRICH GEYER

DIE RUSSISCHEN RÄTE UND DIE FRIEDENSFRAGE
IM FRÜHJAHR UND SOMMER 1917

Die revolutionäre Dynamik im Russischen Reiche, die sich in der Notzeit des dritten Kriegswinters spontan entlud, verdankte ihre besondere Stoßkraft der agitatorisch verbreiteten und weithin angenommenen Überzeugung, daß der Kampf gegen die zaristische Autokratie über Krieg und Frieden mitentscheide. Da das revolutionäre Rußland auch unter der Provisorischen Regierung des Fürsten Lwow dem Weltzusammenhang des Krieges zugeordnet blieb, war mit dem Sturze des Hauses Romanow das Problem der Sinngebung des Waffenkampfes und seiner Entbehrungen in neuer Weise gestellt. Dieser Einsicht hat sich keine der im Petrograder Arbeiter- und Soldatenrat vertretenen Linksparteien verschließen können. Die überkommene Kettung des revolutionären Enthusiasmus an das Friedensverlangen der Bevölkerung mußte den Versuch einer demokratisch-revolutionären Rechtfertigung des Krieges überdies ohne Bestand und Wirkung lassen, wenn er nicht von entschlossenen Schritten zur Herbeiführung des Friedens begleitet war. In der zusätzlichen Verknüpfung mit dem provisorischen Modus vivendi zwischen liberaler Regierung und sozialistischer Räteexekutive hat dies Problem den Weg der russischen Revolution, den Novembertagen und Brest-Litowsk entgegen, maßgeblich bestimmt.¹

In das Ringen um die Fragen von Krieg und Frieden brachten die unvermittelt an die Spitze der Revolution gehobenen sozialistischen Führungsgruppen Rußlands aus Exil, Verbannung und Konspiration, wie aus dem begrenzt legalen Arbeitsfeld der Duma und der Kriegsindustrie-Komitees, jene theoretischen und politischen Auffassungen ein, die sich seit den Augustwochen des Jahres 1914 im

¹ Im vorliegenden Beitrag wurde die Datierung, auch der russischen Ereignisse, durchweg nach dem Gregorianischen Kalender gegeben; der in Rußland bis zum 14. Februar 1918 gültige Julianische Kalender folgt der europäischen Zeitrechnung in einem Abstand von 13 Tagen.

Der Verf. verwendet die Kurzformen „Räteexekutive“, „Räteführung“, „Rätekomitee“ für das „Exekutivkomitee des Petrograder Rates der Arbeiter- und Soldaten-Deputierten“ (Isполнител'nyj Komitet Petrogradskogo Soveta Rabočich i Soldatskich Deputatov), das seit März 1917 faktisch als ständige Zentralinstanz für die in ganz Rußland entstandenen lokalen Revolutionsorgane (Räte, Sowjets) fungierte und auf dem ersten Rätekongreß im Juni 1917 zu einem „Allrussischen Zentralen Exekutivkomitee“ (Vserossijskij Central'nyj Isполнител'nyj Komitet — VCİK) erweitert wurde. Der Ausdruck „Rätmehrheit“ meint die in der Räteexekutive vertretenen Fraktionen der Menschewiki, der Sozialrevolutionäre und des jüdischen Arbeiterbundes, denen die bolschewistischen Deputierten im Verein mit lettischen und polnischen Sozialdemokraten als Opposition gegenüberstanden. Eine gründliche Untersuchung der Zusammenhänge gibt Oskar Anweiler in seiner noch ungedruckten Dissertation: Die Rätebewegung in Rußland 1905—1921 (Hamburg 1954).

Angesicht der nationalen Vereinzelung des europäischen Sozialismus über die alten Parteibindungen hinweg geformt hatten. Wie überall im Bereich der zersplitterten Internationale war auch in Rußland das traditionelle Bekenntnis der Sozialisten zur internationalen Solidarität der arbeitenden Klassen mit dem durch den Krieg und das Beispiel der Bruderparteien geweckten Gefühl der Verantwortlichkeit für Staat und Nation konfrontiert und auf seine Tragfähigkeit hin geprüft worden.

Einer oberflächlichen Betrachtung mochte der Fortgang des Krieges, der das revolutionäre Rußland aus der Entente gegen die monarchisch geführten Mittelmächte nicht entließ, jene Thesen bestätigen, die „eine patriotische Begeisterung der Arbeiterschaft“ dem „nationalen Verteidigungskrieg“ mit dem Ziele zugeführt sehen wollten, „die ungeheure Gefahr zu beseitigen, mit der ein Sieg Deutschlands die Entwicklung der europäischen Demokratie bedroht“.² In diesem, vom Nestor des russischen Marxismus, G. W. Plechanow, autorisierten Bilde trat das „klassenbewußte Proletariat Rußlands“ im Bunde mit den großen sozialistischen Parteien Frankreichs und Englands der „imperialistischen Politik des deutschen Junkertums und der deutschen Bourgeoisie“ entgegen, zu deren „vielleicht sicherster Stütze“ sich die deutsche Sozialdemokratie erniedrigt habe.³ Mit ungleich tieferer Berechtigung als vor dem Zusammenbruch des Zarenregimes empfanden sich die Apologeten der „nationalen Selbstverteidigung“ im Frühjahr 1917 in den nunmehr von Woodrow Wilson ausgedeuteten „Waffengang zwischen den alten Grundsätzen der Macht und den neuen Grundsätzen der Freiheit“ eingereiht.⁴ Der Friede setzte hiernach die Niederrichtung Deutschlands voraus. Dabei führte die Begrenzung des „Weltfeindes“ auf die militärischen Frontlinien des Krieges die Plechanow-Gruppe dicht an die Vorstellungen der sozialistischen Mehrheiten in den alliierten Ländern heran, zugleich aber auch an ungleiche Verbündete im eigenen Lande. Gewiß lag der Germanophobie dieses Sozialistenkreises eine andere gesellschaftliche Haltung und Zielsetzung zugrunde als die des imperialen Nationalismus der russischen Liberalen um den Historiker Miljukow oder die der monarchisch-loyalen „Oktobristen“ Gutschkows. Doch ergab sich aus der spezifisch sozialökonomischen Abwehrstellung gegen eine wirtschaftliche Expansion des industriellen Deutschlands, die „der Quelle unserer Befreiungsbewegung“, der kapitalistischen Entwicklung Rußlands, schädlich sei,⁵ eine durchaus verwandte Beurteilung

² Naše Delo (Petrograd) 1915, No. 5/6, S. 61.

³ G. V. Plechanow: O vojne (Über den Krieg). Paris 1914, Petrograd 1916, S. 15. Zur Plechanow-Gruppe vor allem der Sammelband: Vojna. Sbornik statej. Paris 1915. — Eine materialreiche Übersicht über die Kriegsauffassungen der russischen Sozialisten bei G. Tschudnowsky: Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung. Hrsg. von Carl Grünberg. VI (1916) 60–94, IX (1921) 356–412 (im folgenden „Grünbergs Archiv“).

⁴ Zur Prinzipienpolitik Wilsons in der zeitlichen Verknüpfung von russischer Revolution und amerikanischem Kriegseintritt vgl. die Fragestellung von Hans Rothfels: Gesellschaftsform und auswärtige Politik (Laupheim 1951); dazu neuerdings die bedeutsame Bereicherung der Quellengrundlagen durch George F. Kennan: Russia leaves the War. Princeton Univ. Press 1956. Ferner des Verf.: Wilson und Lenin. Jbb. f. Gesch. Osteuropas 5 (1955), 430–41.

⁵ Plechanow: O vojne, S. 26.

der Kriegslage und der Möglichkeiten des Friedens – auch nach den Märzereignissen.

Aber dies war die Stellung einer Minderheitsgruppe, die der Massenstimmung der russischen Revolution wenig entsprach. Im Hinblick auf das Zarenregime und die traditionelle Bindung des russischen Sozialismus an die vertrauensvolle und enge Gemeinsamkeit mit dem „fortgeschritteneren Bruder“ im deutschen Proletariat war der Zerfall der Internationale in Rußland, wie bei den Exilgruppen im Auslande, besonders schmerzlich empfunden worden. Die Sonderlage der russischen revolutionären Parteien engte den Wirkungskreis der „nationalen“ Sozialisten in ungleich stärkerem Maße ein als etwa in Deutschland, Österreich-Ungarn oder in den Ländern der Entente, wo die Parteivorstände Parlamentsfraktion, Presse und den Mechanismus der Arbeiterorganisationen dem „nationalen Verteidigungskrieg“ zuführen konnten. In Rußland war ein 4. August 1914 weder denkbar gewesen noch zustande gekommen: beide Duma-Fraktionen der russischen Sozialdemokratie hatten in ihrer Erklärung zum Kriegsausbruch die Kontinuität der internationalen Klassensolidarität des Proletariats gegen die Kriegspolitik der imperialistischen Mächte beschworen.⁶ Von der Veteranengruppe um Plechanow abgesehen, wirkten die exilierten Führer der Sozialdemokraten und der sozialrevolutionären Bewegung in erbitterter Polemik gegen den „durch die Politik der Eroberungen“ entstandenen, „völlig gegen die Klasseninteressen der Arbeiter gerichteten“ imperialistischen Krieg. Paul Akselrod und Jurij Martow vom Auslandssekretariat der Menschewiki, Viktor Tschernow und Natanson-Bobrow von den Sozialrevolutionären fanden sich, ungeachtet aller Differenzen in der Beurteilung der Gegenwartsaufgaben und Zukunftsperspektiven, mit den linksradikalen und pazifistischen Minderheiten der europäischen Parteien auf den Zimmerwalder Konferenzen zusammen.⁷ Von ihnen wurden jene Aufrufe mitgetragen, die „über die Grenzen, die dampfenden Schlachtfelder, die zerstörten Städte und Dörfer hinweg“ den „unversöhnlichen Klassenkampf“ zur Durchsetzung eines „Friedens ohne Annexionen und Kontributionen“ proklamierten.⁸

⁶ Russ. Text und dt. Übers. der Erklärung vom 8. 8. 1914 in Grünbergs Archiv VII (1916), S. 119f.

⁷ Zur Polemik gegen die „Union sacrée“ und gegen Plechanow vgl. die Artikel Martows in „Naše Slovo“ (Paris 1915) sowie im „Informativnyj Listok“ der Auslandsorg. des jüd. Arbeiterbundes (Genf 1914/16); in dt. Sprache P. Akselrod: Die Krise und Aufgaben der internationalen Sozialdemokratie. Zürich 1915. Die Beiträge W. Tschernows (Gardenin) in der Genfer „Žizn“ liegen gesammelt vor in den Broschüren: Internacional i vojna (D. Internationale und der Krieg) und Vojna i ‚Tret’ ja sila‘ (D. Krieg und die ‚Dritte Kraft‘), beide Genf 1915.

⁸ Die Dokumente zu Zimmerwald (Sept. 1915) und Kiental (April 1916): Grünbergs Archiv XII (1926), 315–62; die Manifeste der „Zimmerwalder Linken“ außerdem bei Lenin: Sämtl. Werke (Wien–Berlin) XX, 2. S. 268–75. Sekundärdarstellungen: Merle Fainsod, International Socialism and the World War. Harvard Univ. Press 1935; Alfred Rosmer, Le mouvement ouvrier pendant la guerre. De l’union sacrée à Zimmerwald. Paris 1936; O. H. Gankina and H. H. Fisher: The Bolsheviki and the War. The origins of the Third International. Stanford Univ. Press 1940.

Anlehnung und Sonderstellung zugleich hatten im Rahmen dieser Bewegung auch die extremen Thesen gegen den „Sozialimperialismus“ der Zweiten Internationale gefunden, die kurz nach Kriegsbeginn von Lenin und Sinowjew in den Spalten des Genfer „Sozialdemokrat“ präzisiert worden waren.⁹ Wenn auch die Losung der Bolschewiki von der „Umwandlung des imperialistischen Krieges in einen Bürgerkrieg“ und die verwandte Formel Karl Liebknechts gegen die „Union sacrée“ (Bürgerkrieg, nicht Burgfrieden!) mit dem Pathos der Zimmerwalder Vereinigung zusammenklangen, – so haben sich die Friedensbemühungen der russischen Arbeiter- und Soldatenräte im Frühjahr 1917 indessen immer bestimmter von dieser Revolutionsgesinnung einer „Dritten Internationale“ abgrenzen müssen.

Den seit 1914 diskutierten Interpretationsweisen des Krieges und Leitbildern des Friedens hat der Eintritt der sozialistischen Parteien Rußlands in die revolutionäre Verantwortung erstmals praktisch-politische Bedeutung gegeben. Die Postulate der „Vaterlandsverteidigung“, der internationalistisch-pazifistischen Aktion, wie die des revolutionären Bürgerkrieges waren nach dem Sturz der Monarchie den weitgespannten Erwartungen einer Massenunruhe ausgesetzt, die den neuen Führungskräften nicht mehr intellektuell konzipierte Lageanalysen abverlangten, sondern politische Entscheidungen zur Beendigung des Krieges. Den Friedenserwartungen der Revolution mochte das auf den Zimmerwalder Konferenzen abgesteckte Rahmenprogramm am ehesten entsprochen haben. Seine Umsetzung in die äußere und innere Politik der Räteparteien erwies sich freilich an bedeutsame Einschränkungen gebunden, weil das Gebot der Sicherung des Erreichten eine Aufrechterhaltung der russischen Front gegen den deutschen Gegner und damit das Verbleiben Rußlands in der Kriegskoalition der Entente bedingte. Die Problematik einer „revolutionären Vaterlandsverteidigung“ bei gleichzeitiger Forderung eines „demokratischen Friedens ohne Annexionen und Kontributionen“ war von dem weltweiten Zusammenhang des Staatenkonfliktes nicht ablösbar.

*

Das erste Manifest des Petrograder Exekutivkomitees der Arbeiter- und Soldatenräte „an die Völker der ganzen Welt“ (27. März 1917),¹⁰ das unter Verzicht auf die Anrufung entwerteter Institutionen der sozialistischen Bewegung „Genossen, Proletarier und Werk tätige aller Länder“ zur „Wiederherstellung und Befestigung der internationalen Einheit“ als Pfand „künftiger Siege und der völligen Befreiung der Menschheit“ aufforderte, hat über die Schranken der Fraktionen hinweg ganz offenbar die Breite des revolutionären Friedenswillens aufgenommen.

⁹ Die Aufsätze Lenins und Sinowjews aus den Jahren 1914–16 zusammengefaßt in: *Gegen den Strom*. Verl. der Komm. Intern. 1921; für die Sonderstellung Trotzkijs vgl. Lenin und Trotzky: *Krieg und Revolution*. Schriften und Aufsätze aus der Kriegszeit. Bern 1918. Dazu die Analyse von Stanley W. Page: *Lenin's assumption of international leadership*. In: *Journal of Modern History* XXVI (1954), S. 223–45 und I. Deutscher: *The Prophet Armed*. Trotsky 1879–1921. Oxford Univ. Press 1954, S. 211 ff.

¹⁰ Russ. und dt. Text: *Illustrierte Geschichte der Russ. Revolution*. Berlin 1928, S. 139, 141.

Dabei dominierte das Anliegen nach Sammlung der Kräfte für den „entschiedenen Kampf gegen die Eroberungsgelüste der Regierungen“ und der Appell an die „Völker Europas zu einer gemeinsamen, entschlossenen Aktion für den Frieden“ über die Katalogisierung von Friedensprinzipien, wenn auch der Annexions- und Kontributionsverzicht der Zimmerwalder Manifeste zum Anklingen kam.

Kennzeichnend für die gebotene Berücksichtigung innerrussischer Hemmungen und des begrenzten Oppositionswillens der ausländischen Mehrheitsparteien war das Zurücktreten traditionell anti-imperialistischer und anti-kapitalistischer Formulierungen: Den Kräften der „Weltreaktion“, zu denen neben der „in den Staub getretenen Zarentyranei“ die „halbabsolutistische (polusamoderžavnoe) Regierung von Königen, Gutsbesitzern und Bankiers“ des deutschen Kaiserreiches gezählt wird, stehen „Weltfreiheit und Weltdemokratie“, die „internationale Solidarität des Proletariats“, die „Völker der Welt“ gegenüber. Die Rätmehrheit projizierte die Stoßrichtung der russischen Revolution gegen Autokratie und Grundbesitz auf die außerrussische Welt. Daneben stand im Blick auf die Sozialisten in den verbündeten Ländern der Aufruf zu energischen Maßnahmen für einen allgemeinen Frieden und gegen jede Bedrohung und Entartung der Einheit der „Weltdemokratie“ von seiten der bürgerlichen Kräfte. Das Leitbild der „revolutionären Kontrolle“ der Regierungen durch proletarisch-sozialistische Klassenorgane, wie sie die Rätmehrheit in der Petrograder „Doppelherrschaft“ gewährleistet sah, war in diese Auffassung unverkennbar eingeflossen. Unterschiedlich davon wurde die Situation „in der deutsch-österreichischen Koalition“ mit der Lage des russischen Volkes vor dem Sturz des Zaren gleichgesetzt und dem deutschen Proletariat die Aufgabe zugewiesen, dem von der russischen Revolution vorgezeichneten Weg nachzuzufolgen. Dazu traf der Hinweis, daß dem Aufruf zur Verteidigung der Zivilisation gegen den „asiatischen Despotismus“ nunmehr der Boden entzogen sei, zugleich den Kern des von den Märzereignissen ausgelösten Notstandes in der Orientierung der deutschen Sozialdemokratie.¹¹

So waren im Rätmanifest vom 27. März die Fronten des Krieges nachgezeichnet, wobei die als durchgehendes Phänomen der Gegenwart erkannte „Eroberungspolitik der herrschenden Klassen“ – wie der „Imperialismus“ umschrieben wurde – gegenüber den Mittelmächten eine zusätzliche Abwertung zum Reaktionen hin erfuhr, die der demokratischen Kreuzzugsideologie der Verbündeten wie den traditionsgebundenen Überzeugungen der russischen Liberalen entgegenkam. Im gemeinsamen Bekenntnis zur „revolutionären Vaterlandsverteidigung“, die den Separatfrieden verwarf, umspannte diese elastische Zielsetzung die Auffassungen der menschwistischen und sozialrevolutionären „Internationalisten“ (Martow, Akselrod, M. Bobrow) und der bolschewistischen Fraktion unter Kamenew ebenso wie die Germanophobie der „Edinstwo“-Gruppe um Plechanow.¹² Für die Bol-

¹¹ Erich Matthias: Die deutsche Sozialdemokratie und der Osten. Tübingen 1954, S. 10 ff.

¹² Plechanows Haltung nach der Märzrevolution: God na rodine. Polnoe sobranie statej i reči 1917–18 (Ein Jahr in der Heimat. Vollständ. Sammlung der Artikel und Reden). Paris 1921. 2 Bände.

schewiki hatte Stalin das Rätemanifest in der „Prawda“ (16./29. März) begrüßt; auch er war der demokratisch-antimonarchistischen Rechtfertigung des Krieges gefolgt: „Solange die deutsche Armee den Befehlen des Kaisers gehorcht, muß der russische Soldat fest auf seinem Posten stehen, Kugel mit Kugel, Granate mit Granate erwidern. Bis die imperialistischen Mächte Friedensverhandlungen zustimmen, bleibt jeder Mann auf seinem Posten.“¹³

Die vom Rätekomitee geforderte Erklärung des Kabinetts Lwow zur Landesverteidigung und zur Außenpolitik der Provisorischen Regierung (9. April)¹⁴ bewegte sich auf der gleichen demokratisch-revolutionären Prinzipiengrundlage, die den Burgfrieden innerhalb des Rates und zwischen den beiden Polen der Petrograder „Doppelherrschaft“ ermöglicht hatte. Mit der Billigung der Regierungserklärung bekannte sich die „Erste Allrussische Konferenz der Arbeiter- und Soldatendeputiertenräte“ am 11. April in ihrer Mehrheit zugleich zu den von Lwow bekräftigten „Verpflichtungen gegenüber unseren Verbündeten“. Die „revolutionäre Demokratie“ mochte freilich diesen etatistischen Aspekt durch die mit der Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes verbundene Versicherung aufgewogen sehen, daß das „freie Rußland“ nicht „die Vergrößerung seiner äußeren Macht auf Kosten anderer Völker“ erstrebe und es ablehne, „irgendein Volk zu unterjochen oder zu erniedrigen“. Die Erklärung der Regierung gab zudem der These der Rätmehrheit Raum, daß die Friedensformel der revolutionären Demokratie von der Provisorischen Regierung vorbehaltlos angenommen worden sei: „Die russische Demokratie anerkennt die ungeheure Bedeutung der Regierungsdeklaration und sieht in ihr einen wichtigen Schritt, um die demokratischen Prinzipien auf dem Gebiet der äußeren Politik zur Geltung zu bringen.“¹⁵ Es war das eine Deduktion, aus der in der Folgezeit immer wieder das Selbstbewußtsein der russischen Revolutionsparteien gegenüber dem internationalen Sozialismus abgeleitet worden ist.

Die Notwendigkeit einer Präzisierung der Friedensvorstellungen wie auch jener „gemeinsamen, entschlossenen Aktion für den Frieden“, von der das März-Manifest gesprochen hatte, stellte sich den russischen Sozialisten alsbald mit Nachdruck. Dabei wirkte die wachsende Problematik der Beziehungen zwischen Räteexekutive und Provisorischer Regierung mit der durch den Kriegseintritt der Vereinigten Staaten von Nordamerika (6. April) belebten internationalen Diskussion um die

¹³ Zit. nach Franz Borkenau, *Das Jahr 1917*. In: *Der Monat*, Nr. 37, 1952 (Sonderabdruck S. 16). Dazu den Artikel *Kamenew: Bez tajnoj diplomatii (Ohne Geheimdiplomatie)*, nach *Prawda* vom 15. 3. 1917 bei *Lenin XX*, 2, S. 258–60. – Zu der nach dem XX. Kongreß der KPdSU aufgelebten Diskussion um die Rolle Stalins im März und April 1917 vgl. E. N. Burdžalov in: *Voprosy istorii* 1956, No. 4, S. 38–56, No. 8, S. 109–14, F. I. Drabkina *ibid.* 1956, No. 9, S. 3–16 und die Antikritik der Parteizeitschriften „*Partijnaja Žizn*“ 1956, Nr. 14 und „*Kommunist*“ 1957, Nr. 4, S. 20 ff.

¹⁴ Dt. Übers.: *Ill. Gesch. der Russ. Revolution*, S. 174.

¹⁵ Aus der von Zeretelli vorgelegten Resolution der Rätekonferenz; zit. nach „*Den*“, 13. 4. 1917 in: *Die russische Revolution. Mitteilungen aus der russ. Presse*. Hrsg. vom Ausschuß für deutsche Ostpolitik Nr. 1 (1. 5. 1917), Sp. 6.

Formulierung der Kriegsziele und der Friedensgrundsätze zusammen. Kräftige Antriebe für eine verstärkte Initiative der Rätmehrheit gab der aus schweizerischem Exil in Petrograd eingetroffene Lenin durch seine berühmt gewordenen „April-Thesen“, mit denen er die auf dem Rätekongreß von Kamenew für die Bolschewiki verkündete „Plattform“ entwertete.¹⁶ Lenin verwarf in Übertragung der Frontstellung der Zimmerwalder Linken auf das revolutionäre Rußland für sich und seine Partei die Kriegsrechtfertigung der „Sozialchauvinisten“ und verwies auf den „untrennbaren Zusammenhang zwischen Kapital und imperialistischem Krieg“, der „einen wahrhaften demokratischen Frieden ohne den Sturz des Kapitals“ unmöglich mache. Dieser Angriff auf die Position des Exekutivkomitees der Räte gewann wenig später an Gewicht, als die Note des Außenministers Miljukow an die Regierungen der Entente (1. Mai) – mit der Postulierung eines Kampfes „bis zum entscheidenden Siege“ um „Garantien und Sanktionen“ – in der Hauptstadt wie an der Front um sich greifende Demonstrationen auslöste.¹⁷

Den unmittelbaren Anstoß zum Handeln aber gab eine Aktion der sozialistischen Parteispitzen Hollands und der skandinavischen Länder, die am 22. April alle Parteien und Fraktionen der „Sozialistischen Internationale“ zur Teilnahme an einer Konferenz „zur Prüfung der internationalen Lage“ in Stockholm aufgefordert hatten.¹⁸ Der dänische Sozialdemokrat Frederik Borgbjerg überbrachte der Petrograder Räteexekutive am 7. Mai die Einladung des Stockholmer Organisationskomitees zusammen mit einem Katalog vom Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie autorisierter Friedensgrundsätze.¹⁹ Das Bekenntnis der SPD-Führung zum Selbstbestimmungsrecht und die Versicherung, „für die Räumung aller besetzten Gebiete“ einzutreten und Russisch-Polen die „völlige Freiheit“ der Entscheidung zuzubilligen, sich „als unabhängiger Staat zu erklären oder Rußland anzuschließen“, schien den russischen Menschewiki wie den Sozialrevolutionären hinreichende Möglichkeiten für eine Erörterung der Friedensentwürfe auf einer internationalen Sozialistenkonferenz zu bieten. Dabei konnte die Zurück-

¹⁶ Lenins April-Thesen: Sämtl. Werke XX, 1. S. 114–20. Kamenews „Plattform“ in Auszügen bei J. Martow und F. Dan: Geschichte der russ. Sozialdemokratie. Berlin 1926. S. 296.

¹⁷ Text der Note: Ill. Gesch. der Russ. Rev., S. 175. Für die interalliierten Zusammenhänge s. Robert D. Warth: The Allies and the Russian Revolution. Duke Univ. Press (1954), S. 52–59. Zu den „April-Unruhen“ neuerdings die sowjet. Arbeit von G. N. Golikow und Ju. S. Tokarev: Aprel'skij krizis 1917. In: Istoričeskie Zapiski 57 (1956), S. 35–79 und die Auszüge aus den unpublizierten Erinnerungen I. Zeretellis: Reminiscences of the February Revolution. In: Russian Review Vol. 14 (1955), S. 93 ff., 184 ff., 301 ff.

¹⁸ R. D. Warth, S. 67. – Kurz vorher hatte der Führer der schwedischen Sozialdemokratie, Hjalmar Branting, Petrograd besucht (Krasnyj Archiv XV (1926), S. 62).

¹⁹ Die „Friedensbedingungen“ der SPD nach „Rabočaja Gazeta“ vom 25. 4./8. 5. 1917 bei Lenin: Sämtl. Werke XX, 1. S. 341; vgl. Ph. Scheidemann: Memoiren eines Sozialdemokraten Bd. 1, Dresden 1928. S. 423 ff. Ferner: E. Matthias, a. a. O. S. 16 ff.; neuerdings auch John L. Snell: The Russian Revolution and the German Social Democratic Party in 1917. In: The American Slavic and East Europ. Review XV (1956), S. 339–50. – Ebert, Scheidemann und O. Bauer waren in der ersten April-Hälfte mit Borgbjerg in Kopenhagen zusammengetroffen (Scheidemann: Der Zusammenbruch. Berlin 1921. S. 149).

haltung der SPD in der polnischen Frage, die der territorialen Begrenzung des Lösungsversuchs der deutschen Reichsregierung entsprach, den bezwingenden Reiz offenbar nicht aufwiegen, der für die Rätmehrheit in einem Übereinkommen mit der deutschen Sozialdemokratie, vor allem aber in der Demonstration des Gewichts der eigenen Position vor dem Forum einer re-aktivierten Internationale beschlossen lag.²⁰

Als Reaktion auf die Borgbjerg-Mission übertrug eine am 8. Mai von Theodor Dan vorgelegte Resolution dem Exekutivkomitee „die Initiative zur Einberufung einer Internationalen Sozialistenkonferenz“.²¹ Wie stark das Verlangen in den Vordergrund trat, sich den Entente-Sozialisten als führende Kraft der revolutionären Demokratie vorzustellen, zeigte die Ausrichtung der geplanten Konferenz auf die „Plattform“ des Manifestes vom 27. März. In die gleiche Richtung wies der „kategorische Appell“ an die sozialistischen Mehrheitsfraktionen des Auslandes, „deutliche, öffentliche und energische Schritte“ bei ihren Regierungen mit dem Ziel zu unternehmen, die „freie Ausreise der Delegierten der Minderheiten“ (d. h. der linksoppositionellen Gruppen) durchzusetzen. Daß die Bolschewiki hingegen das Stockholmer Konferenzprojekt verwarfen, entsprang der folgerichtigen Ausweitung ihrer innerrussischen Frontstellung auf die Trümmer der Zweiten Internationale. Die am 8. Mai von Lenin der bolschewistischen „April-Konferenz“ vorgelegte Entschließung erklärte die Teilnahme an einer Konferenz, „bei der Borgbjerg und Scheidemann vertreten sind, für grundsätzlich unzulässig“: „Unsere Aufgabe ist nicht die Einigung der direkten oder indirekten Agenten der verschiedenen imperialistischen Regierungen, sondern die der Arbeiter aller Länder, die bereits im Kriege einen revolutionären Kampf gegen ihre imperialistischen Regierungen führen.“²²

Schwerer wog zunächst, daß dem Stockholmer Vorhaben bei den Mehrheitssozialisten und Gewerkschaften in den alliierten Ländern eine kühle Aufnahme bereitet wurde.²³ Schon die Kontakte des Petrograder Exekutivkomitees, die mit dem Eintreffen zweier Delegationen französischer und britischer Sozialisten in Rußland (15. April) möglich geworden waren, hatten das unterschiedliche Kriegverständnis der Gesprächspartner wieder deutlich werden lassen. Bei einem Empfang durch die Provisorische Regierung am 18. April erläuterte das Mitglied der Fabian Society, William Sanders, die Kriegsziele der „Arbeiter Englands“ in den traditionellen, gegen Deutschland gewandten Formulierungen: Der „gegenwärtige Krieg muß allein durch die endgültige Vernichtung jener Kräfte beendet werden, die bereits in Rußland bezwungen wurden“²⁴ und überall bezwungen werden

²⁰ Zur Reaktion der russ. Parteipresse, vgl. „Den“ vom 24. 4./7. 5. 1917 und „Novaja Žizn“ vom 26. 4./9. 5. 1917 (Russ. Revolution Nr. 3, 19. 5. 1917; Nr. 5, 2. 6. 1917). Über den Bericht Borgbjergs an den SPD-Vorstand: Scheidemann, Zusammenbruch, S. 151 ff.

²¹ Text der Resolution: Krasnyj Archiv XV (1926), S. 70.

²² Lenin: Sämtl. Werke XX, 2, S. 287–89.

²³ R. D. Warth, a. a. O. S. 68.

²⁴ Gemeint ist hier offenbar die gemeinhin als „germanophil“ gekennzeichnete Hofkamarilla um die ehem. Zarin.

müssen, jener dunklen Kräfte, die Belgien, Serbien und Rumänien unterdrücken.“²⁵ In Übereinstimmung damit versicherte der französische Kammerabgeordnete Marius Moutet, das „freie demokratische Frankreich“ werde „im Bunde mit der Demokratie Rußlands bis zum Ende kämpfen müssen, bis zum Siege über den Militarismus, für die Freiheit der Völker und die Vernichtung des Krieges auf Erden“. Während Miljukow in den Gesprächen den Argwohn der Gäste zu zerstreuen suchte, daß die Revolution die Kampfkraft und den Einsatzwillen Rußlands geschwächt habe, sprach Kerenskij für die russischen Sozialisten über den „Traum von der Gleichheit und Brüderlichkeit der Völker der ganzen Welt“, welcher „nicht aus der Idee des Vaterlandes, wie es das alte Europa verstand“, ableitbar sei. „Wir erwarten“, so führte er aus, „daß Ihr (die ausländischen Sozialisten) auf die übrigen Klassen Eurer Staaten den gleichen bestimmenden Einfluß ausüben werdet, wie wir hier auf unsere bürgerlichen Klassen, die jetzt ihre Absage an imperialistische Bestrebungen erklärt haben.“ Das war freilich aus dem persönlichen Pathos des Justizministers heraus gesprochen, der sich als „Geisel der Demokratie“ in der bürgerlichen Regierung empfand, kam jedoch zugleich der Selbstauffassung der russischen Revolution sehr nahe.

Wie unvermittelt bei solchen Begegnungen historisch und staatlich gebundene Überzeugungen sozialistischer Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre des Auslandes dem emotionalen Feuer der russischen Revolution gegenüberstanden, zeigten die Reden der Franzosen Marcel Cachin und Ernest Lafont vor dem Plenum der Räteexekutive am folgenden Tage. Zwar bekannten sich die Besucher zum „Verzicht auf Eroberungen“, ein Bekenntnis, das angesichts der Kriegslage notwendig gegen die Mittelmächte gerichtet war, – unter Hinweis auf die Kriegszerstörungen schien ihnen jedoch ein „Friede ohne Kontributionen“ in mancherlei Hinsicht anfechtbar.²⁶ Auch der sozialistische Munitionsminister Frankreichs, Albert Thomas, der am 12. Mai gegen den Einspruch der Bolschewiki und der Martow-Gruppe vom Exekutivkomitee empfangen wurde, stellte die Frage nach der Wiedergutmachung der großen materiellen Verluste, welche die Völker „ohne eigene Schuld“ erlitten hätten, und unterstrich überdies den Anspruch Frankreichs auf „seine ihm entrissene Provinz“ Elsaß-Lothringen.²⁷

Von Beginn an hatten die Vertreter der Bolschewiki und der Zimmerwalder „Internationalisten“ bei den Diskussionen mit den ausländischen Delegierten und in der Parteipresse vor allem an der Frage nach dem Schicksal der Kolonialbesitzungen und den Rechten der linksoppositionellen Minderheiten die „opportunistische Position“ der französischen und britischen Parteien zu brandmarken versucht und auf die Kluft hingewiesen, die zwischen der demokratischen Selbstauffassung der Alliierten und der von den „imperialistischen Regierungen“ zu erwartenden

²⁵ Die folgenden Zitate nach der teils wörtlichen, teils referierenden Wiedergabe der Reden in: Krasnyj Archiv XV, S. 62–67.

²⁶ Ebenda, S. 65.

²⁷ Stenogramm der Rede: Krasnyj Archiv XV, S. 71.

Friedensregelung bestehe.²⁸ Die fortdauernde Erregung über die umstrittene Note Miljukows, die ungeachtet der am 13. Mai erzwungenen Demission des Außenministers als eine tiefgehende Belastung des Petrograder Burgfriedens fühlbar geblieben war, bewog nunmehr auch die Rätmehrheit entschiedener als bisher zur Absage an jede Durchbrechung der revolutionären Friedensprinzipien durch Motive der Staatsraison oder der Kriegsschuldauffassung.

Mit welcher Gewalt sich die Räteführung durch die wachsende Zuspitzung revolutionärer Unruhe im Lande in radikalere Bahnen abgedrängt sah, wurde an dem folgenden Manifest des Exekutivkomitees abmeßbar, das am 15. Mai „alle sozialistischen Parteien und Fraktionen“ nach Stockholm rief.²⁹ Der wenige Tage später erfolgte Eintritt sozialistischer Minister (unter ihnen der Führer der Sozialrevolutionäre und Angehörige der Zimmerwalder Vereinigung Viktor Tschernow) in das Koalitionskabinett des Fürsten Lwow (18. Mai) gab diesem Bannstrahl gegen die „ungeheuerlichen Verbrechen . . . des internationalen Imperialismus“ ein zusätzliches Gewicht. Die Übertragung des Friedensprogramms der Räte auf die Provisorische Regierung schien damit gesichert; um so nachdrücklicher wurde das verbündete und feindliche Ausland angesprochen. So enthielt der Aufruf den Appell „an die Sozialisten der alliierten Staaten“, nicht zuzulassen, daß die „Stimme Rußlands . . . im Kreise der alliierten Mächte allein“ bleibe. Die Forderung nach Eindeutigkeit und Klarheit, die Albert Thomas wenige Tage vorher an die Petrograder Räteexekutive gerichtet hatte,³⁰ wurde nunmehr zurückgegeben: „Ihr müßt Euere Regierungen zwingen, entschieden und unmißverständlich zu erklären, daß das Programm des Friedens ohne Annexionen und Kontributionen auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker (auch) ihr Programm ist . . . Gebt unserer revolutionären Armee, die ‚Friede unter den Völkern‘ auf ihr Banner geschrieben hat, die Gewißheit, daß ihre Blutopfer nicht mißbraucht werden . . .“

Hatte noch das Märzmanifest den gesellschaftlichen Antagonismus des westeuropäischen und amerikanischen Demokratieverständnisses gegen die „halbabsolutistischen Regierungen“ der Mittelmächte nachgezeichnet, so wurde jetzt die Antithese zur „Weltdemokratie“ im Begriff des „internationalen Imperialismus“ zusammengefaßt; der Standort dieses Gegners schien nicht mehr an die Fronten des Staatenkonfliktes gebunden. Mit der Deutung der russischen Revolution als der „ersten Etappe der Weltrevolution“ war die Rätmehrheit den Thesen Lenins im Terminologischen greifbar nahe gerückt. Die herkömmliche Beschwörung der „Sozialisten der österreichisch-deutschen Koalition“, mit allen Mitteln zu verhindern, daß „die Truppen Eurer Regierungen zu Henkern der russischen Freiheit werden“ und „Euch selbst und das ganze internationale Proletariat in den Um-

²⁸ Vgl. den Bericht A. Schljapnikows über sein Auftreten gegen Moutet und Lafont in der Sitzung des Räteplenums vom 19. April, *ibid.* S. 65.

²⁹ Text: *Ebenda* S. 72–74; Auszüge bei Lenin: *Sämtl. Werke* XX, 1, S. 566.

³⁰ *Krasnyj Archiv* XV, S. 71; zum Auftreten A. Thomas' vor dem Moskauer Stadtsowjet vgl. N. N. Sukhanov: *The Russian Revolution. A personal Record.* Oxford Univ. Press 1955. S. 369 f.

armungen des Imperialismus erdrosseln“, wurde in dieses Bild eines gesellschaftlichen Weltgegensatzes eingeordnet. Damit hatten sich die russischen Sozialisten zugleich aus dem Zusammenhang jener Kreuzzugsideologie demokratischer Nationen abgesetzt, die der amerikanische Präsident Woodrow Wilson der russischen Revolution unterlegt und gegen die „Autokratie“ des deutschen Kaiserreiches und der Donaumonarchie vorgetragen hatte.

Daß die Friedensaktion der Räteexekutive andererseits auch mit den Auflösungserscheinungen an der Front verklammert war, zeigte der am Tage des Aufrufs zur Sozialistenkonferenz erlassene Appell „an die Genossen Frontsoldaten“. ²¹ Gegen die Verbrüderungsparolen der Bolschewiki, die in gleicher Richtung wirksame Frontpropaganda deutscher Stäbe und gegen den Gedanken des Separatfriedens wurde hier das Prinzip der „Verteidigung der Revolution“ erneut bekräftigt. Die Ermahnungen zur Aufrechterhaltung der „Kampfkraft“, die „der Sache des Friedens“ diene, mochten dabei den zusätzlichen Zweck verfolgen, die Besorgnisse der Alliierten zu zerstreuen.

*

Die geplante Stockholmer Konferenz hatte sich von Beginn an als ein Koordinationsproblem ersten Ranges erwiesen. Das Ausmaß der Beteiligung ausländischer sozialistischer Parteien, insbesondere der Organisationen in den kriegführenden Staaten, mußte über Erfolg und Tragweite der russischen Friedensinitiative ebenso entscheiden, wie der Versuch, die Zusammenfassung der regierungsnahen Mehrheitsfraktionen mit den linksoppositionellen Gruppen zu erreichen. Diese Aufgabe war durch die terminologische Zuspitzung der Rätemanifeste ohne Zweifel erschwert worden. Die dem Zimmerwalder revolutionären Radikalpazifismus entnommenen Formulierungen mochten von dem drängenden Friedensverlangen der eigenen Gefolgschaft in Armee und Industrie verursacht und auf diese hin gesprochen sein, – im verbündeten Ausland konnten indessen solche Einbrüche in die „Union sacrée“ und das Kriegsverständnis des patriotischen Sozialismus die bestehende Zurückhaltung nur verstärken.

Die Problematik selbst eines auf den sozialistischen Bereich beschränkten Versuchs, am Kampfe beteiligt dennoch die Fronten des Krieges und die gesellschaftlichen Spannungsfelder zu überwinden, wurde fühlbarer, als das Petrograder Exekutivkomitee das Projekt der Stockholmer Konferenz voranzutreiben begann. Am 21. Mai beschloß das Komitee die Errichtung einer „Kommission zur Einberufung der Internationalen Sozialistenkonferenz“ mit der Auflage, einen ständigen Vertreter nach Stockholm zu entsenden, der Kontakte mit den skandinavischen Parteien herstellen und „auf dem Wege über die neutralen Sozialisten . . . Beziehungen zu den Arbeiterorganisationen Deutschlands und Österreich-Ungarns unterhalten und entwickeln“ sollte. Einer dreiköpfigen Abordnung wurde die Aufgabe übertragen, durch den Besuch Englands, Frankreichs, Italiens und der Schweiz

²¹ Krasnyj Archiv XV, S. 74–76.

„alle Arbeiterorganisationen der verbündeten Länder für die Teilnahme an der Konferenz zu gewinnen“.³² Die Anfang April konstituierte „Abteilung für internationale Beziehungen“ beim Arbeiter- und Soldatenrat, die bemüht war, die „außerordentlich schlecht und tendenziös“ unterrichtete öffentliche Meinung des Auslandes „über die Ereignisse in Rußland zu informieren“, übernahm die propagandistische Vorbereitung durch eine „systematische“ Versorgung der neutralen und alliierten Presse mit den Deklarationen und Resolutionen der Räteorgane.³³

Es war ein entmutigendes Indiz für die Haltung der Bruderparteien des verbündeten Auslandes, daß es offensichtlich nicht gelang, die Vermittlung der ententeorientierten Restinstitution der Zweiten Internationale, des „Internationalen Sozialistischen Büros“ im Haag, für das Vorhaben der Räteexekutive zu erhalten, wofür die in wohlwollende Zusammenarbeit mit Petrograd eingetretene „Holländisch-Skandinavische Kommission“ ihre guten Dienste angeboten hatte. Ein Schreiben dieses neutralen Organisationszentrums an das russische Exekutivkomitee vom 22. Mai ließ keinen Zweifel darüber aufkommen, daß es der in Stockholm weilende Leiter des Haager Büros, der belgische Sozialist Émile Vandervelde, kategorisch ablehnte, sich für eine gemeinsame Konferenz mit den sozialdemokratischen Parteien der Mittelmächte zu verwenden.³⁴ Die Auffassung der skandinavischen Vertreter, daß das Büro „ungeachtet der Krise des Krieges in den Augen aller Sozialisten das Prestige einer bedeutenden moralischen Autorität bewahrt“ habe, war im Blick auf die tätigen Verbindungen Vanderveldes zu den britischen und französischen Mehrheitsparteien nicht abzuweisen. Die psychologische Wirkung der Unversöhnlichkeit dieses Repräsentanten eines unter deutscher Okkupation stehenden Staates war gewiß bedeutsam genug, um auf die Dauer auch die Entscheidungen der Entente-Sozialisten im gleichen Sinne zu beeinflussen. Wenige Tage später bekräftigten die Reden Vanderveldes und seines Landsmannes Louis de Brouckère auf zahlreichen Arbeiter- und Soldatenversammlungen in Rußland die Opposition der Zweiten Internationale gegen Verhandlungen mit deutschen sozialdemokratischen Delegierten, die, wie die Belgier ausführten, „die imperialistische Politik“ der Berliner Regierung „unterstützt haben und noch unterstützen“.³⁵

Bei der in das Rätemanifest vom 15. Mai eingeflossenen Steigerung radikaler Stimmungen mochte es näher liegen, daß sich die Berner „Internationale Sozialistische Kommission“ (I. S. K.) der Zimmerwalder Vereinigung in ihren Bemühungen um die Sammlung der zum Friedenskampf gegen die Regierungen entschlossenen Kräfte mit den Plänen des Petrograder Arbeiterrates traf. Bereits unmittelbar nach den Märzereignissen hatte der Sekretär der I. S. K., der an der Rückführung prominenter russischer Emigranten beteiligte Schweizer Robert Grimm, die Über-

³² Text des Beschlusses ebenda, S. 76.

³³ Vgl. den Ende Juli 1917 verfaßten Rechenschaftsbericht der Abteilung: Krasnyj Archiv XVI (1926), S. 41–43.

³⁴ Text des Schreibens: Krasnyj Archiv XV (1926), S. 77 f.

³⁵ É. Vandervelde: *Three Aspects of the Russian Revolution*. London 1918, S. 22; vgl. R. D. Warth, a. a. O. S. 69.

siedlung der Kommission in die revolutionäre Metropole Rußlands erwogen, um der Zimmerwalder Friedensbewegung in Verbindung mit ihren zu angesehenen Führern der Räteorgane aufgestiegenen russischen Anhängern neue Impulse zu verleihen. Da jedoch das Ministerium Miljukows unter dem Verdacht deutschfreundlicher Neigungen die Einreise Grimms nach Rußland verweigert hatte, war die Berner Kommission Anfang Mai nach Stockholm übersiedelt. Hier hatte sich die I. S. K. in einem Zirkular an die ihr angeschlossenen Organisationen der Konferenz-Einladung der Holländer zunächst insofern angenommen, als Grimm in Ausführung einer Kientaler Resolution „die Vertreter der auf dem Boden der Zimmerwalder Beschlüsse stehenden Parteien“ für den 31. Mai zu einer Beratung nach Stockholm bat.³⁶ Diese sogenannte „Dritte Zimmerwalder Konferenz“ sollte eine gemeinsame Stellungnahme zu der „von der holländischen Delegation einberufenen Konferenz ausarbeiten“. Inzwischen aber war die Friedensinitiative der Räteparteien bekannt geworden, die Grimm zu einem neuen Versuch veranlaßte, sich durch einen persönlichen Besuch in Petrograd über die veränderte Situation zu unterrichten; am 22. Mai traf der schweizerische Sozialist in der russischen Hauptstadt ein, nachdem Irakli Zeretelli als sozialistischer Minister im Koalitionskabinett Lwow die Aufhebung der Einreisesperre erwirkt hatte.³⁷

Hatte sich Robert Grimm schon am 23. Mai vor dem Parteikongreß der Menschewiki zu dem russischen Konferenzplan bekannt, so hielt er bei einem Meinungsaustausch mit den russischen Vertretern der Zimmerwalder Bewegung, ungeachtet des Einspruchs der Bolschewiki und Trotzkijs, an seiner positiven Einstellung mit dem Hinweis fest, daß die vorgesehene Konferenz in Stockholm schließlich nicht vom Haager Büro, sondern vom „revolutionären Arbeiterrat“ einberufen worden sei. In der Kontroverse zwischen Lenin und den anwesenden menschewistischen „Internationalisten“ schlugen die überkommenen Zimmerwalder Fraktionsbildungen der Jahre 1915 und 1916 mit den allgegenwärtigen Spannungen zwischen den Räteparteien zusammen. Bindende Beschlüsse über die Teilnahme der I. S. K. wurden indessen der Dritten Zimmerwalder Konferenz vorbehalten, die in Anbetracht der herrschenden Terminunklarheiten nunmehr drei Tage vor den allgemeinen Stockholmer Beratungen stattfinden sollte.³⁸

Am Tage der Zusammenkunft Robert Grimms mit den russischen Zimmerwald-Gruppen hatte die Petrograder Konferenz-Kommission des Arbeiterrates den Entwurf eines Aufrufes ausgearbeitet, der unter Aufnahme der Thesen vom 15. Mai von den Teilnehmern in Stockholm die vorbehaltlose Unterstützung „einer internationalen Aktion gegen die imperialistischen Regierungen“ forderte, „um sie zur

³⁶ „Das Internationale Sozialistische Büro und der Krieg.“ Resolution der Konferenz von Kiental (Grünbergs Archiv XII (1926), S. 350f.). Text der Einladung: ebenda, S. 363f. – Zur sogen. „Dritten Zimmerwalder Konferenz“ s. Anmerkung 63.

³⁷ Angelica Balabanoff: *Erinnerungen und Erlebnisse*. Berlin 1927, S. 140f.; Grünbergs Archiv XII (1926), S. 364.

³⁸ Grünbergs Archiv XII, S. 365; Balabanoff, S. 148 f. – Lenin und Trotzki hatten in der Besprechung außerdem den Antrag gestellt, die I. S. K. möge den Eintritt der Sozialisten in die Provisorische Regierung mißbilligen.

Liquidierung des Krieges zu zwingen“.³⁹ In einer EntschlieÙung wurde festgestellt, daÙ „alle sozialistischen Parteien, die sich dem Haager Büro oder der Berner Kommission angeschlossen haben“ und das März-Manifest des Exekutivkomitees anerkennen, zur Teilnahme aufgefordert werden sollten.⁴⁰

Die erörterten Grundlinien wurden schließlich in der Botschaft der Räteexekutive vom 2. Juni zusammengefaÙt, die als offizielle Konferenzeinladung „an die sozialistischen Parteien und zentralen Gewerkschaftsverbände“ gerichtet war.⁴¹ Die Botschaft ging wiederum von dem Leitsatz aus, daÙ bereits die „erste Provisorische Regierung“ durch die April-Ereignisse (um die Miljukow-Note) gezwungen worden sei, die Friedensformel des Rates der Arbeiter- und Soldatendeputierten anzuerkennen; die Übereinstimmung des Räteprogramms mit den Auffassungen der „zweiten Provisorischen Regierung“ wurde mit dem Hinweis auf die Regierungserklärung vom 19. Mai festgestellt.⁴² Erneut kam zum Ausdruck, daÙ die „russische Demokratie“ ihr weltpolitisch-revolutionäres Selbstbewußtsein im Bereiche des internationalen Sozialismus aus jener Übereinkunft ableitete, die zwischen den Räteorganen und dem Petrograder Kabinett in der Frage eines „Friedens ohne Annexionen und Kontributionen auf der Grundlage des Rechtes der Nationen und der Selbstbestimmung“ erreicht schien. So wurde die „Hauptaufgabe“ der (nunmehr für die Zeit zwischen 28. Juni und 8. Juli) angekündigten Stockholmer Konferenz – die „Liquidierung der Politik der ‚nationalen Einheit‘“ zwischen den sozialistischen Parteien und den „imperialistischen Regierungen“ – in Rußland bereits für gelöst erklärt.⁴³

In solchen Thesen hat sich zweifellos der von einem sozialistisch-internationalistischen Solidaritätsempfinden getragene, traditionelle Revolutionsmessianismus der russischen Intelligenz ausgesprochen.⁴⁴ Am tiefsten wohl im sozialrevolutionären Lager verwurzelt, wo die volkssozialistische Sezession das slawophile Bild vom „verfaulenden Westen“ in der Gegenwart des Weltkrieges zu beschwören suchte, war das Selbstbewußtsein der Revolution auch in konservativere und liberale Gedankengänge eingeflossen. Bei alledem hat die Auffassung, daÙ Rußland „den ersten Platz unter den Demokratien der Welt eingenommen“ habe und die „allerfreiesten Institutionen“ besitze,⁴⁵ daÙ „Amerika, England und Frankreich . . .

³⁹ Protokoll der Kommissionssitzung vom 15./28. Mai: Krasnyj Archiv XV, S. 79 f.

⁴⁰ Text der EntschlieÙung ebenda, S. 80.

⁴¹ Text ebenda, S. 81.

⁴² Text der Regierungserklärung in engl. Übers. bei W. H. Chamberlin: *The Russian Revolution 1917–21*. New York 1935, 2. Aufl. 1952, Vol. 1, S. 447 ff.

⁴³ Vgl. dazu das Schreiben der Abt. für internationale Beziehungen der Räteexekutive an den Sekretär des Haager Büros, Camille Huysmans vom 11. 6. 1917 (Lenin: Sämtl. Werke XX, 2, S. 315 f.).

⁴⁴ Emanuel Sarkisyanz hat dieses Phänomen in den größeren Zusammenhängen der russischen Geistesgeschichte eindrucksvoll belegt: *Rußland und der Messianismus des Ostens. Sendungsbewußtsein und politischer Chiliasmus des Ostens*. Tübingen 1955, bes. S. 184, 193 ff.

⁴⁵ In diesem Sinne auch Lenin in den April-Thesen: „Rußland ist zur Zeit das freieste von allen kriegführenden Ländern . . .“ (Sämtl. Werke XX, 1, S. 115).

hinter uns zurückgeblieben“ seien,⁴⁶ den in den Friedensbemühungen der Räteparteien erkennbar gewordenen Führungsanspruch begründet erscheinen lassen. Doch war diese Idealkonzeption gleichzeitig von einem Revolutionspessimismus überschattet, der im Angesicht der allseitigen militärischen und politischen Bedrohung, der wirtschaftlichen Zerrüttung und der moralischen Zersetzung um sich griff. Ausgeprägter noch als im März-Manifest des Petrograder Exekutivkomitees umschloß so die Friedensbotschaft vom 2. Juni die Sorge um die Bewahrung und Rettung des Erreichten. Die freiheitliche Ordnung des Weltfriedens nach den gesellschaftlich-politischen Vorstellungen der Führungskräfte der russischen Räteparteien vermochte weniger denn je auf die positive Mitwirkung der kriegführenden Regierungen und der in nationale Fraktionen zersprengten sozialistischen Internationale zu verzichten.

Von vordringlichem Interesse mußte für die Räteexekutive – auch im Blick auf die Diskussionen um die Vorbereitung und Rechtfertigung einer russischen Sommeroffensive – die Reaktion der deutschen Sozialdemokratie sein. Ein Schreiben der in Stockholm eingetroffenen deutschen Delegation vom 7. Juni bekannte sich in zustimmender, dem revolutionären Selbstbewußtsein der Petrograder Sozialisten entgegenkommender Weise zur russischen Friedensformel, ohne freilich die traditionelle Scheu vor einer vorbehaltlosen Anwendung des Selbstbestimmungsrechtes abzulegen.⁴⁷ Die dem Schreiben beigefügte Resolution der sozialdemokratischen Fraktionen des Reichstages und des preußischen Abgeordnetenhauses vom 19. April wies die russische Räteführung unausgesprochen auf die Schranken hin, die der von der SPD anerkannte Grundsatz der „territorialen Unversehrtheit des Reiches“ den Konzessionsmöglichkeiten der deutschen Mehrheitssozialisten entgegenstellte.⁴⁸ Die in Beantwortung eines Fragebogens der „Holländisch-Skandinavischen Kommission“ verfaßte Stockholmer Denkschrift der SPD (12. Juni)⁴⁹ bestätigte wenig später, daß sich in der Frage der Selbstbestimmung und der territorialen Probleme des Krieges der staatsgebundene Standort der Partei gegenüber den dem Petrograder Exekutivkomitee von Borgbjerg überbrachten Prinzipien eines „Verständigungsfriedens“ nicht geändert hatte.

Dagegen waren die russischen Thesen von den deutschen Unabhängigen Sozialdemokraten uneingeschränkt gebilligt worden. Das Stockholmer Manifest der USPD setzte die Prinzipiengrundlage der reinen Demokratie in das Programm des Friedens ein, ohne sich in der Ausdeutung des Selbstbestimmungsrechtes der für die Mehrheitssozialisten gültigen Bindung an die Integrität des historischen Staatszusammenhangs verpflichtet zu fühlen.⁵⁰

⁴⁶ *Red'*, 1. 5. 1917 (Russ. Revolution Nr. 4, 26. 5. 1917).

⁴⁷ Russ. Übers. des Schreibens: *Krasnyj Archiv XV*, S. 82–84. Vgl. E. Matthias, a. a. O. S. 17.

⁴⁸ Text der Resolution vom 19. April: Protokoll über die Verhandlungen des Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten in Würzburg vom 14. bis 20. Okt. 1917. Berlin 1917. S. 36; Scheidemann, *Zusammenbruch*, S. 119.

⁴⁹ Text: Würzburger Protokoll, S. 34f.; Scheidemann, S. 135–41. Vgl. dazu das Antwortschreiben der russ. Räteexekutive vom 22. Juni: *Krasnyj Archiv XV*, S. 84.

⁵⁰ Zum Manifest der USPD s. Eugen Prager: *Geschichte der USPD. Entstehung und Ent-*

Hatte man russischerseits diese Verhandlungsbereitschaft der deutschen Sozialdemokraten beider Richtungen erhoffen können, so schien in diesen Wochen auch die Zurückhaltung der großen sozialistischen Parteien Großbritanniens und Frankreichs gegenüber der Stockholmer Konferenz über Erwarten in Wohlwollen umzuschlagen. Die durchgehende innenpolitische Krise in den kriegführenden Ländern Europas im Sommer 1917 hat dabei mit den enthusiastisch gestimmten Eindrücken zusammengewirkt, die von den aus Rußland zurückgekehrten Delegationen vermittelt wurden. Zugleich gewann die Befürchtung an Überzeugungskraft, daß das Friedensverlangen der russischen Revolution Separatvereinbarungen mit Deutschland entgegentreiben könne, falls sich die Arbeiterparteien der verbündeten Staaten weiterhin der russischen Konferenzaufforderung versagen sollten. In Frankreich sprachen prominente Rußlandreisende, wie Marcel Cachin und Marius Moutet, auf der Sozialistischen Parteiversammlung am 27. Mai für den Konferenzplan; Albert Thomas hatte bereits von Petrograd aus Alexander Ribot und Lloyd George wissen lassen, er habe „beschlossen, nach Stockholm zu gehen, koste es, was es wolle“.⁵¹ In der Tat revidierte die französische Sozialistische Partei ihren früheren ablehnenden Beschluß und übermittelte dem Petrograder Arbeiter- und Soldatenrat eine von Moutet und Cachin unterzeichnete Botschaft, daß „der Nationalrat der sozialistischen Partei einstimmig . . . die Einladung zur Teilnahme an der von der russischen Revolution einberufenen Internationalen Konferenz angenommen“ habe.⁵² Daß dieser Entscheidung lediglich eine der Haltung der SPD verwandte opportunistische Wendung zugrunde lag, erwies die mit der pauschalen Annahme der russischen Friedensgrundlagen verbundene Abschwächung der Formel vom „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ durch das Prinzip einer „Verteidigung der Rechte der Völker auf nationale Freiheit“.⁵³ Den französischen Sozialisten schien die „Wiedererrichtung der Internationale“ von der Weiterführung des Krieges nicht ablösbar.

Wie Albert Thomas sprach sich unter dem Eindruck der russischen Situation nunmehr auch der am 2. Juni in Petrograd angekommene britische Arbeitsminister und Sekretär der Labour Party, Arthur Henderson, zugunsten der Konferenz aus; seine vor allem an der Befürchtung deutsch-russischer Separatvereinbarungen gewonnenen Einsichten wirkten zeitweilig selbst auf den britischen Premier zurück. Während sich die Labour Party noch bis Mitte Juli einer abschließenden Stellungnahme enthielt, fand das Stockholmer Konferenzprojekt am 3. Juni auf dem gemeinsamen Kongreß der Independent Labour Party und der British Socialist Party in Leeds begeisterte Zustimmung. Eine von der britischen Regierung genehmigte, wicklung. Berlin 1921, S. 160, sowie die Bemerkungen von E. Matthias, a. a. O. S. 19. Ferner die Dokumente in Grünbergs Archiv XII, S. 369, 370–72.

⁵¹ Alexander Ribot: *Lettres à un ami. Souvenirs de ma vie politique*. Paris 1924, S. 260; M. A. Hamilton: *Arthur Henderson, a Biography*. London 1938, S. 152. Für den größeren Zusammenhang: R. D. Warth, a. a. O. S. 72.

⁵² Undatiert in Krasnyj Archiv XV, 82.

⁵³ Erich Matthias hat auf den entsprechenden Vorgang in der deutschen Sozialdemokratie aufmerksam gemacht (a. a. O. S. 114, Anm. 61).

vom britischen Botschafter in Petrograd Buchanan und von Henderson befürwortete Reise der Linksozialistenführer Ramsay MacDonald, Fred W. Jowett (I. L. P.) und E. C. Fairchild (B. S. P.) nach Rußland scheiterte indessen am Widerstand der Seamen's Union, die sich dem Transport dieser „Kriegsgegner“ widersetzte und der Delegation den Zugang zum Schiff versperren ließ.⁵⁴

Ungleich größere Hindernisse, die für die Agonie der Sozialistenkonferenz den Ausschlag bringen sollten, ergaben sich aus der ablehnenden Stellungnahme der alliierten Kabinette. Hier setzte sich immer starrer die Auffassung durch, daß es sich bei dem Stockholmer Vorhaben um eine „deutsche Intrige“ handele, die es zu zerschlagen gelte. Die amerikanische Regierung, bestärkt durch die Berichte ihrer diplomatischen Vertretungen in Europa und der Pressekorrespondenten in Stockholm, hatte bereits am 22. Mai mitgeteilt, daß sie den Mitgliedern der American Socialist Party die Pässe verweigern werde. Wenige Tage später waren die französische und die italienische Regierung dem Beispiel Washingtons gefolgt. So schien die Teilnahme sozialistischer Vertreter aus den mit Rußland verbündeten Ländern scheitern zu sollen, wenn auch das britische Kabinett im Wechselspiel mit der Entwicklung innerhalb der Labour Party von einer definitiven Entscheidung vorerst noch Abstand nahm.⁵⁵

*

Die Widerstände gegen das Konferenzprojekt des Arbeiter- und Soldatenrates, wie sie sich in der schwankenden Haltung der Mehrheitssozialisten und der Kabinette des verbündeten Auslandes bereits im Laufe des Mai abgezeichnet hatten, mußten auch auf die Aktivität des Petrograder Exekutivkomitees zurückschlagen. Wesentlicher für das allmähliche Erlahmen der russischen Friedensinitiative waren indessen die Wandlungen des politischen Kräfteverhältnisses im Innern des Landes, insbesondere in den Hauptstädten. Hier wirkte die Problematik der Regierungskoalition, die sich angesichts der Vorbereitung einer russischen Sommeroffensive vor der Massenstimmung in Armee und Arbeiterschaft nur noch in komplizierten Denkvorgängen rechtfertigen ließ, mit der Agitation der Bolschewiki gegen das sozialistische „Versöhlertum“ und die „bürgerlich-imperialistisch“ gelenkte Regierungspolitik zusammen. Die formaldemokratische Bindung aller Reformervorstellungen an eine künftige Allrussische Konstituierende Versammlung wog gering gegenüber jenem ausgreifenden Trommelfeuer der Schlagwortkette „Brot, Friede, Freiheit!“, das von der Etappe her auf die Truppenunterkünfte, die Fabrikhöfe und die Dörfer niederging.

Es erwies sich mit Deutlichkeit, daß die Autorität der zentralen Räteorgane diesen Belastungen auf die Dauer nicht gewachsen war. Ungeachtet ihrer vorerst noch unerschüttert gebliebenen institutionellen Positionen entglitt den gemäßigten, im Bewußtsein der revolutionären und zugleich staatlichen Verantwortung stehen-

⁵⁴ R. D. Warth, a. a. O. S. 72 ff.; vgl. neuerdings Stephan R. Graubard: *British Labour and the Russian Revolution 1917–1924*. Harvard Univ. Press 1956. S. 25 ff.

⁵⁵ Warth, S. 74 f.

den Führungsspitzen mehr und mehr der Kontakt zu ihrer Gefolgschaft. Mit den Vorgängen auf dem ersten Allrussischen Kongreß der Räte der Arbeiter- und Soldaten-Deputierten in Petrograd (16. Juni bis 7. Juli), die im Gesamtzusammenhang des Revolutionsgeschehens als Beginn des Umbruchs zu Lenins Machtnahme hin erkannt sind, traten auch die Friedensbemühungen der Räteexekutive in das Stadium fortschreitender Agonie.

Bereits Mitte Juni war klar geworden, daß sich infolge der Beanspruchung der Parteispitzen durch den Rätekongreß der für die Eröffnung der Sozialistenkonferenz festgesetzte Termin (28. Juni) nicht einhalten ließ. Während die Vertreter der deutschen Sozialdemokratie in Stockholm mit dem Internationalen Sozialistischen Büro und dem Holländisch-Skandinavischen Komitee verhandelten, befand sich kein offizieller Repräsentant des russischen Exekutivkomitees in der schwedischen Hauptstadt. Zwei Tage nach der Rückreise der SPD-Delegation unter Leitung Fritz Eberts und Philipp Scheidemanns (19. Juni) erging endlich aus Petrograd eine Mitteilung an Hjalmar Branting, in der es hieß, daß sich „auf Grund des Kongresses der Räte der Arbeiter- und Soldaten-Deputierten die Entsendung einer Delegation . . . ein wenig verzögert“ habe. Dessen ungeachtet stünde diese Frage auf der Tagesordnung des Kongresses „als eine der vordringlichsten“.⁵⁶

Wenig später stellte das Exekutivkomitee dem Rätekongreß in einer Erklärung⁵⁷ „die auf Initiative des Exekutivkomitees einberufene Internationale Konferenz“ erneut unter dem Leitgedanken vor, Sinn und Ziel des Vorhabens müsse „die Vereinigung der werktätigen Klassen aller Länder im gemeinsamen Kampf für einen gerechten Frieden“ sein. „Je breiter diese Vereinigung, um so fruchtbarer“ könne der Kampf gegen die „Herrschaft des Imperialismus in der Weltpolitik“ und gegen die „imperialistische Politik der Bourgeoisie“ geführt werden. Es gelte, „durch den Zusammenschluß auf einer (einzig) Plattform des Friedens und durch die Verpflichtung, sich im gemeinsamen Kampf gegen den Imperialismus zu unterstützen“, ein „Vertrauensverhältnis unter den Demokratien aller Länder“ herzustellen. Das Exekutivkomitee wiederholte die gegen die Opposition von links und rechts gewandte Versicherung, daß „zwischen Parteien und Richtungen kein Unterschied“ gemacht werde: „Alle, die sich auf der genannten Grundlage vereinigen wollen“, seien zur Teilnahme aufgerufen.

Diese Thesen standen indessen in einem schlagenden Kontrast zu den von der Rätmehrheit und der Provisorischen Regierung als notwendig erkannten Erfordernissen der Kriegführung. Die am 25. Juni mit großer Mehrheit angenommene Kongreßresolution über den Krieg ließ bei der „kategorischen Ablehnung eines Separatfriedens oder Waffenstillstandes“ und mit der Befürwortung einer Offensive dem Bekenntnis zur „Wiederherstellung der revolutionären Internationale“ und zur „Einberufung einer revolutionären sozialistischen Konferenz“ nur wenig Raum: „ . . . solange aber durch die internationalen Bemühungen der Demokratien

⁵⁶ Telegramm an den Vorsitzenden des Holl.-Skandin. Komitees vom 8./21. 6. 1917 (Krasnyj Archiv XV, 84), vgl. auch das Telegramm an C. Huysmans ebenda.

⁵⁷ Ebd., S. 85 (undatiert).

der Krieg nicht beendet ist, ist die russische revolutionäre Demokratie verpflichtet, alles zu tun, um die Kampffähigkeit der russischen Armee sowohl für die Verteidigung als auch für eine Offensive zu stärken, da eine Durchbrechung der russischen Front die Niederlage der russischen Revolution und einen schweren Schlag für die internationale Demokratie bedeuten würde.“⁵⁸ Wenn der von den Konstitutionellen Demokraten gesteuerte Allrussische Kosaken-Kongreß diese Auffassungen in einer Entschliebung am 27. Juni mit der Forderung verband, daß „der Krieg im Einvernehmen mit unseren Verbündeten bis zu einem vollen Siege geführt werden“ müsse,⁵⁹ so war damit lediglich eine von der sozialistischen Rätemehrheit nicht ausgesprochene Folgerung gezogen, die sich aus der fortdauernden Bindung Rußlands an den Weltkonflikt der Großmächte notwendig ergeben mußte. Es unterliegt keinem Zweifel, daß das von der Räteexekutive mitgetragene Dilemma zwischen Kriegführung und Friedenspathos den bolschewistischen Thesen in diesen Juni-Wochen erstmals ausgreifende Resonanz und Breitenwirkung gesichert hat.⁶⁰ Der von bolschewistischen Straßendemonstrationen in Petrograd begleitete Beginn der Kerenskij-Offensive (1. Juli) machte das Ausmaß der inneren Krise offenbar, in die nach einem Vierteljahr pathetischer Proklamationen die Friedensinitiative der Rätemehrheit eingetreten war.

Als am 3. Juli endlich eine vom Rätekongreß autorisierte Delegation nach Stockholm abreiste, war die Verhandlungsposition der Russen auch nach außen hin geschwächt: die noch Ende Mai erhoffte Koordinierung der Stockholmer Politik des Arbeiterrates mit der der Zimmerwalder Vereinigung hatte sich nach dem Presseskandal um Robert Grimm und dessen Ausweisung aus Rußland endgültig zerschlagen.⁶¹ Unter dem Druck der bolschewistischen Vertreter (Radek, Orłowski, Hanecki) versagte Angelica Balabanoff, die Nachfolgerin Grimms in der Leitung der „Internationalen Sozialistischen Kommission“, am 9. Juli jede Mitwirkung an den Vorbereitungen zur Einberufung der Sozialistenkonferenz.⁶² Die Obstruktionstaktik Lenins, „unter allen Umständen das verfaulte Zimmerwald zu begraben und eine echte, Dritte Internationale zu gründen“,⁶³ hat sich bei dieser Entschei-

⁵⁸ Text der Resolution: *Novaja Žizn'* vom 26. 6. 1917; zit. nach: *Die Russ. Revolution* Nr. 11 (14. 7. 1917), Sp. 183.

⁵⁹ *Novaja Žizn'* vom 28. 6. 1917 (Russ. Rev. ebenda).

⁶⁰ Vgl. dazu die in Prägnanz und Eindeutigkeit der Alternative beispielhafte Kongreßrede Lenins über den Krieg (22. Juni): *Sämtl. Werke XX*, 2, S. 127–43.

⁶¹ Zum Fall Robert Grimm: *Grünbergs Archiv XII* (1926), S. 366–69; A. Balabanoff, a. a. O. S. 157–63.

⁶² *Grünbergs Archiv XII*, S. 372; Schreiben des Räte delegierten Rosanow aus Stockholm an das Petrograder Exekutivkomitee vom 10. 7. 1917: *Krasnyj Archiv XVI* (1926), S. 25 ff.

⁶³ Brief Lenins an Karl Radek nach Stockholm vom 30. 6. 1917: *Leninskij Sbornik XXI*, S. 57. Vgl. auch die Artikel Lenins, *Sämtl. Werke XXI*, S. 97–99, 124–33. Über die schwankende Haltung der Bolschewiki in der I. S. K. bei Vorbereitung und Verlauf der „Dritten Zimmerwalder Konferenz“ (5.–12. 9. 1917) s. neben Lenin *XX*, S. 161 die Kommentare des deutschsprachigen Organs der ausländ. Vertretung des ZK der Bolschewiki: *Bote der Russischen Revolution*, Nr. 1–5, Stockholm 1917. Dazu die Dokumentation in *Grünbergs Archiv XVI* und Balabanoff a. a. O., S. 164–73.

derung erstmals ausgewirkt. Dabei vermochten die schriftlichen Zusagen linksoppositioneller Fraktionen der Entente-Länder und der gleichbleibend gute Kontakt mit der Stockholmer USPD-Vertretung⁶⁴ die Beeinträchtigungen nicht aufzuwiegen, die sich den Friedensbemühungen der russischen Räte nach dem Scheitern der Kooperationsgespräche mit der Zimmerwalder Kommission entgegenstellten.

Die Petrograder Delegation blieb bei den Verhandlungen in der schwedischen Hauptstadt nunmehr allein an das Holländisch-Skandinavische Komitee verwiesen, das seinerseits immer eindeutiger die zurückhaltende Position des entente-orientierten Haager Büros der Zweiten Internationale vertrat. Branting und Huysmans drängten auf eine Abschwächung der russischen Friedensformel und forderten den Verzicht der Russen auf das Prinzip einer uneingeschränkten Anerkennung der Konferenzbeschlüsse durch alle Teilnehmer. So war die vorläufige Einigung über Termin und Tagesordnung, die nach schwierigen Verhandlungen am 10. Juli zustande kam, mit grundsätzlichen Zugeständnissen an die Argumente der britischen und französischen Mehrheitssozialisten verknüpft.⁶⁵

Dieses von den Umständen aufgezwungene Abrücken der russischen Vertretung von der kompromißloseren Zimmerwalder „Plattform“ reichte indessen nicht aus, um bei den Regierungen der Entente die Hemmungen gegen ein internationales Friedensgespräch der Sozialisten niederzureißen. Vielmehr hatten – als die Auslandsdelegation des Arbeiterrates Mitte Juli in die Hauptstädte der verbündeten Mächte weiterfuhr – die alarmierenden Meldungen über den Fehlschlag der russischen Sommeroffensive und den bolschewistischen Putschversuch in Petrograd (16./17. Juli) neue Schranken aufgerichtet. Paris und London setzten jetzt alle Hoffnungen auf den neuen Ministerpräsidenten Kerenskij und sein Experiment zur „Rettung der Revolution“ und führten nicht ohne Berechtigung den Zusammenbruch auf die demoralisierenden Wirkungen der sozialistischen Heerespolitik zurück. So fanden die russischen Räte delegierten den französischen Parteivorstand zwar zur Mitwirkung an der Stockholmer Konferenz bereit, nicht aber imstande, die Regierung Ribot zu einer Revision ihrer Ablehnung in der Frage der Visaerteilung zu bewegen.⁶⁶ In London verfangen sich die Gäste aus Rußland in den diplomatischen Gegenzügen Lloyd Georges, der zur Abwehr der befürwortenden Haltung Hendersons eine distanzierende Erklärung der Provisorischen Regierung gegen Stockholm zu manipulieren verstand. Die Versicherung des russischen Geschäftsträgers Nabokow vom 9. August, Kerenskij betrachte etwaige Beschlüsse einer Sozialistenkonferenz „in keiner Weise bindend für die Handlungsfreiheit der Regierung“, wandte sich zunächst gegen die mit knapper Mehrheit

⁶⁴ Protokoll der Gespräche mit den USPD-Vertretern (Ledebour, Haase, Herzfeld, Kautsky u. a.) und Viktor Adler: Krasnyj Archiv XVI, S. 29–31; Erklärung der französischen Zimmerwalder Fraktion: Grünbergs Archiv XII, S. 377–80.

⁶⁵ Krasnyj Archiv XVI, S. 35f. Zu den Verhandlungen mit dem Holländ.-Skandinav. Komitee ebd., S. 29. Vgl. auch Grünbergs Archiv XII, S. 375–77.

⁶⁶ Telegramm der Auslandsdelegation des Arbeiterrates vom 7. 8. 1917: Krasnyj Archiv XVI, S. 35f.

gefällte positive Entscheidung des Labour-Kongresses für Stockholm (10. August) und erzwang den Rücktritt Hendersons (13. August).⁶⁷ Überdies aber zerschlug die Verlautbarung Nabokows nunmehr auch vor der Weltöffentlichkeit die proklamierte Ideengrundlage der russischen Friedensaktion, die sich seit dem März-Manifest an die Übereinstimmung der sozialistischen Friedensformel mit der Politik der Provisorischen Regierung geklammert hatte.

Bereits Mitte August hatte das Exekutivkomitee des Arbeiterrates an der Newa eine entmutigende Bilanz über den Stand seiner Bemühungen gezogen: „Dem Proletariat drohen ernste Gefahren . . . und damit auch der Sache der russischen Revolution. Der Rat der Arbeiter- und Soldaten-Deputierten muß unverzüglich energische Schritte unternehmen, damit die Konferenz zustande kommt oder zumindest die Verantwortung für ein Scheitern auf diejenigen fällt, die ihr insgeheim oder öffentlich entgegengearbeitet haben . . .“⁶⁸ Das war im Grunde ein Schwanengesang nach den hochgespannten Erwartungen der Frühjahrswochen, die sich auch durch die Versuche des russischen Ministerpräsidenten, seine Sympathien gegenüber Stockholm erneut zu bekräftigen, nicht rekonstruieren ließen.⁶⁹ Der ergebnislose Verlauf der lange erwarteten Interalliierten Sozialisten-Konferenz in London (28. August) und die Auflösung der Union sacrée in Frankreich (7. September) konnten die chronische Stagnation ebensowenig überwinden wie die Bemühungen des Stockholmer Organisationskomitees, die Parolen der immer wieder vertagten Konferenz bis in den Oktober hinein zu retten.⁷⁰

In der hektischen Atmosphäre des russischen Spätsommers fristete die Friedensinitiative der russischen Räte ein in gelegentlichen Ausschußsitzungen weiter verdünntes Dasein, ohne glaubhafte Resonanz bei den kriegs- und resolutionsmüden Massen zurückzugewinnen. Sie versank wenig später in den Stürmen des Kornilow-Putsches und der bolschewistischen Agitationsoffensiven, die Rußland „auf der Konkursmasse des bankrotten Sozialpatriotismus“ den Novembertagen entgegentrieben. Lenins Weg nach Brest-Litowsk hat noch vor Jahresende deutlich werden lassen, daß auch die Friedensmanifeste aus der Revolutionsgesinnung einer Dritten Internationale den Weltkrieg nicht zu übertönen vermochten. Die Machtbehauptung der Bolschewiki erwies sich an das zwischen März und Oktober verworfene Bekenntnis zum Separatfrieden gebunden.

⁶⁷ Constantine Nabokoff: *The Ordeal of a Diplomat*. London 1921. S. 134ff.; *Krasnyj Archiv* XVI, S. 37. – Zum Labour-Kongreß und zur Stellung Hendersons: Warth, a. a. O. S. 77–83; St. R. Graubard, a. a. O. S. 26–33.

⁶⁸ Undatierter Sitzungsbericht des Exekutivkomitees: *Krasnyj Archiv* XVI, S. 38. Vgl. auch das Protokoll der Beratungen vom 26. 7./8. 8. 1917 (ebd., S. 39f.).

⁶⁹ *Russ. Revolution* Nr. 18 (1. 9. 1917), Sp. 295, Nr. 19 (8. 9. 1917), Sp. 311. Dazu R. D. Warth, a. a. O. S. 84f.

⁷⁰ Die Dokumente des Organisationskomitees: Stockholm. Ed. Comité Organisateur de la Conférence Socialiste Internationale de Stockholm (Stockholm 1918). Die bolschewist. Stellungnahme: *Bote der Russischen Revolution* (Stockholm) Nr. 2 (22. 9. 1917), S. 10; Nr. 5 (13. 10. 1917), S. 6–9.